

# Offenes Blatt Sonderausgabe zum Internationalen Frauentag 2022

**DIE LINKE.**  
Schwerin

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin

---

## Im Blickpunkt

---

### **Frauen\*kampftag: Für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Ohne Frieden ist alles nichts! Die Waffen nieder!**



Der Ruf nach Frieden ist in diesen Tagen aktueller denn je. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen. Russland muss den Krieg sofort beenden und an den Verhandlungstisch zurückkehren. Alle

diplomatischen Möglichkeiten zur Deeskalation müssen genutzt werden. Unsere Solidarität gilt den Menschen vor Ort, die schon lange unter dem Kampf um Einflussphären leiden – und nun brutal von den Kampfhandlungen betroffen sind. Schluss mit der Aufrüstung, die Waffen nieder!

Frauen\*, Mädchen\* und queere Menschen sind in besonderer Weise von Kriegen und innerstaatlichen Konflikten betroffen. Derzeit sind vor allem Frauen\* und Kinder auf der Flucht vor dem Krieg in der Ukraine. LGBTIQ\* fürchten nun besonders, verfolgt zu werden. Denjenigen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, muss unkompliziert geholfen werden, sowohl auf den Fluchtrouten, als auch bei der Aufnahme sowohl in den umliegenden Staaten, als auch hier in der Bundesrepublik.

**Frauen\* aller Länder, wir streiken!**

Es hat sich nichts geändert. Frauen\* verdienen nach wie vor weniger als Männer, arbeiten für magere Gehälter in lebensrelevanten Berufen, leisten zu einem großen Teil die private unbezahlte Arbeit und sind von häuslicher Gewalt betroffen. Die Krise hat diese Situation noch einmal verschärft und viele Frauen laufen am Limit.

Die Krise betrifft besonders diejenigen, die schon vor der Pandemie nicht wussten, wie sie Rechnungen bezahlen sollen, die für wenig Geld in lebensrelevanten Berufen Überstunden leisten, die Erwerbs und Sorgearbeit unter einen Hut bringen müssen oder die, die von (häuslicher) Gewalt betroffen sind.

In der Mehrheit sind das Frauen, doch gerade sie sind es auch, die den Laden am Laufen halten. Die Corona Pandemie verstärkt die andauernde Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Nach wie vor gilt: Frauen\* leisten mehr für weniger. Es darf kein Zurück in die alte Normalität geben – wir wollen eine bessere Zukunft für alle! Wir wollen Armut überwinden – konsequent feministisch, geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen, körperliche Selbstbestimmung und gute Gesundheitsversorgung für alle, Sorgearbeit und lebensrelevante Berufe aufwerten und das soziale Miteinander stärken.

Wir schließen uns dem Aufruf des Bündnis Frauenstreik an, um uns gemeinsam gegen diese Verhältnisse zur Wehr zu setzen und ökonomischen sowie gesellschaftlichen Druck aufzubauen. Weltweit kämpfen Feminist\*innen für eine bessere Welt und wir rufen zum Frauen\*streik am 8. März auf!

### **Ihr verdient mehr!**

Beschäftigte in Kitas, Schulhorten und Jugendämtern kämpfen mit ihren Gewerkschaften ver.di und GEW für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. **DIE LINKE sagt: Ihr habt recht.**

Erzieher\*innen haben während der Pandemie ihre Gesundheit riskiert. Jeden Tag wird deutlich: ohne sie läuft fast nichts. Aber sie verdienen viel weniger als vergleichbare Berufe in »der Wirtschaft« oder in denen mehrheitlich Männer arbeiten. Die Beschäftigten in Sozial- und Erziehungsdiensten verdienen mehr Wertschätzung für ihre Leistung – und das bedeutet: besseren Lohn. Warum sollten diejenigen, die unsere Kinder betreuen, weniger verdienen als diejenigen, die Geld verwalten? DIE LINKE steht klar an der Seite der Beschäftigten und setzt sich gemeinsam mit ihnen für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne ein.

## **Systemwechsel in Gesundheit und Pflege**

Schon lange vor der Corona-Pandemie war der Personalmangel im Gesundheitswesen allgegenwärtig: Im Krankenhaus und in der Altenpflege fehlen jeweils mindestens 100.000 Pflegekräfte! Die Pflegekräfte sind völlig überarbeitet, Hunderttausende haben aus Frust und Erschöpfung ihren Beruf verlassen. Die Bundesregierung hat keine Strategie vorgelegt, wie der Notstand in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen gestoppt werden kann. Im Gegenteil: Die Politik der letzten Bundesregierungen hat ermöglicht, dass private Konzerne und Investoren mit unseren Versicherungsbeiträgen und Zuzahlungen das große Geld machen können, statt mit diesen Geldern eine gute und wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten. Selbst während der Pandemie wurden Krankenhäuser und Stationen geschlossen, weil sie nicht profitabel waren.

Damit muss Schluss sein! Wir alle sind potenzielle Patient\*innen. Wir erwarten zu Recht, dass wir in Pflegeheimen, Krankenhäusern und im ambulanten Bereich gut versorgt werden. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten, die schon seit Jahren für diese Ziele kämpfen. Applaus von Balkon reicht nicht, es braucht einen radikalen Richtungswechsel in der Gesundheits- und Pflegepolitik: Gesundheit vor Profit!

## **Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen**

Wir kämpfen für eine Gesellschaft in der jeder Mensch – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und Lebensentwurf – ohne Angst vor Gewalt leben kann. Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck und Folge einer gesellschaftlichen Abwertung und Unterdrückung von Frauen und tief in unserer Gesellschaft verankert. Ein Linker Feminismus packt die Wurzel des Problems, wir wollen die patriarchalen Strukturen verändern, nur so kann diese Gewalt gegen Frauen nachhaltig verhindert werden.

Wir stehen an der Seite derjenigen, die Gewalt, sexuelle Belästigung und Sexismus erleben. Männer, die Frauen belästigen und gewalttätig sind, werden durch gesellschaftliche Strukturen geschützt. Zum Beispiel dann, wenn Richter Verständnis mit dem mordenden Mann haben und Eifersucht als strafmildernd und nicht als strafverschärfend ansehen. Oder wenn in den Medien verharmlosend über einen Mord als „Familientragödie“ geschrieben wird. Die Gesellschaft, besonders staatliche Behörden sowie medizinisches Personal, müssen für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden. Und wir benötigen mehr Zahlen und Forschung zu dem Themenbereich. Bekannt ist: Gewalt gegen Frauen kann tödlich enden. In Deutschland werden Frauen getötet, weil sie Frauen sind. Dafür gibt es den Begriff des Femizids. Wir fordern eine Benennung der Gewalt. Um Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, schnell zu unterstützen, brauchen wir einen massiven Ausbau der Strukturen des Gewaltschutzes und Hilfesysteme und die Umsetzung der Istanbulkonvention.

## Paragraf 218 abschaffen!

DIE LINKE setzt sich für reproduktive Gerechtigkeit und die sexuelle Selbstbestimmung ein. Die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen muss mit der Abschaffung des Paragrafen 218 im Strafgesetzbuch endlich möglich gemacht werden.

**Für einen kämpferischen Tag sagen wir: Weltweit und gemeinsam - Heraus zum 8. März!**

---

## Aktuelles

---

### LINKE Feministische Forderungen in der COVID-19-Pandemie und darüber hinaus

Die Krise betrifft besonders diejenigen, die schon vor der Pandemie nicht wussten, wie sie Rechnungen bezahlen sollen, die für magere Gehälter in lebensrelevanten Berufen Überstunden leisten, die Erwerbs- und Sorgearbeit unter einen Hut bringen müssen oder die, die von (häuslicher) Gewalt betroffen sind.

In der Mehrheit sind das Frauen, doch gerade sie sind es auch, ohne die die Welt still stehen würde. Die Corona Pandemie verstärkt die andauernde Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Nach wie vor gilt: Frauen\* leisten mehr für weniger. Es darf kein Zurück in die alte Normalität geben – wir wollen eine bessere Zukunft für alle!

Wir wollen Armut überwinden – konsequent feministisch, geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen, körperliche Selbstbestimmung und gute Gesundheitsversorgung für alle, Sorgearbeit und lebensrelevante Berufe aufwerten und das soziale Miteinander stärken.



## **DIE LINKE fordert:**

- Wer hat, der gibt – Vermögensabgabe und -steuer einführen;
- Mindestkurzarbeitsgeld von 1.200 Euro;
- 500 Euro Brutto mehr für alle Pflegekräfte;
- Lohnfortzahlungen im Lockdown für privat Pflege- und Sorgearbeit Leistende;
- gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit;
- gerechte Verteilung unbezahlter Sorgearbeit;
- armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherung;
- eine solidarische Mindestrente und Gesundheits- und Pflegeversicherung;
- den Pflegenotstand stoppen, Sozial- und Erziehungsberufe aufwerten;
- mehr Geld für Notunterkünfte für Wohnungs- und Obdachlose;
- mehr Notunterbringungsplätze und Gewaltschutzhilfen für von Gewalt betroffene Frauen;
- dezentrale Unterbringung statt Massenunterkünfte für Geflüchtete;
- gut ausgestattete Beratungsstellen und Gewaltschutzhilfen, bedarfsgerecht auch für besonders verletzbare Gruppen wie geflüchtete Frauen und LSBTIQ\*;
- Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, Sicherstellung von Versorgung und Information;
- gegen Vereinzelung: lokale Projekte absichern – barrierefrei, mehrsprachig und digital.

## **Feminismus für die 99%**

### **Zu den Aufgaben der LINKEN in der anstehenden Legislaturperiode**

Die neue Regierung will fortschrittlich, liberal und feministisch erscheinen. Wir haben Zweifel. Wir freuen uns über einige dringend überfällige Verbesserungen. Aber auf den zweiten Blick wird an vielen Stellen deutlich: Die Regierung denkt nicht an alle, wenn sie verspricht, das Leben von Frauen zu verbessern. Ein gutes Beispiel dafür ist die Subventionierung der haushaltsnahen

Dienstleistungen. Ein Zuschuss von 40% soll Familien entlasten, die sich Hilfe beim Putzen, Kochen oder Pflegen von Angehörigen holen wollen. Nur – wer kann sich die übrigen 60% überhaupt leisten? Prekär Beschäftigte, Arbeitslose, viele Alleinerziehende bestimmt nicht. Und wer soll diese Arbeit dann tun? Natürlich werden das weit überwiegend Frauen sein: Über deren Arbeitsbedingungen und Lohn steht nichts im Koalitionsvertrag.



Der Gedanke, allein die Bezahlung der Haus-, Sorge- und Pflegearbeit sei die Lösung, ist ein Irrweg. Vom Ampel-Feminismus werden Frauen profitieren, die es sich finanziell leisten können, indem sie die Arbeitskraft ärmerer, oft migrantischer Frauen nutzen. Entlastung gibt es für die, die es sich leisten können und nicht für die Alleinerziehende mit zwei Jobs und nicht für die ALG II - Bezieherin. Aufgabe der Linken ist es, diese Nebelkerze als das zu benennen, was sie ist – ein Projekt für die Besserverdienenden.

Die LINKE will eine Politik, die im Hier und Jetzt die Lebensbedingungen von allen Frauen merklich verbessert und sie konsequent vor körperlicher und ökonomischer Gewalt schützt. Dazu muss die soziale Frage und die Situation arbeitender Frauen in den Mittelpunkt feministischer Politik von links gerückt werden.

Wir kämpfen für das Ende von **prekären Arbeitsverhältnissen**, für die Stärkung der Tarifbindung besonders in frauendominierten Berufen und den Ausbau von Kitas und einer voll finanzierten Pflegeinfrastruktur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gewerkschaften, Elternverbände und Selbstorganisationen von Beschäftigten fordern die Rückführung von Gesundheits-, Pflege- und Bildungseinrichtungen in die öffentliche Hand. Stattdessen lässt die neoliberale Handschrift des Koalitionsvertrags mehr Privatisierungen befürchten. Wir sagen: Es ist absurd die Grundbedingung unseres Lebens, Sorgearbeit, noch weiter als bisher der Profitlogik zu unterstellen.

Die Situation von Frauen, die jetzt schon mit schlechten Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben, bleibt gleichbleibend unbefriedigend: Sachgrundlose Befristung, Arbeit auf Abruf und Leiharbeit bleiben bestehen. Mini- und Midijobs werden sogar ausgebaut, indem die Verdienstgrenze auf 520 Euro angehoben wird. Für Unternehmen bedeutet das eine deutliche Entlastung, während es für noch mehr Beschäftigte Existenzunsicherheit und Altersarmut befürchten lässt. Arbeitszeiten können noch weiter flexibilisiert werden.

Im Bereich der **reproduktiven Gesundheit** ist die geplante Streichung des § 219a StGB das Projekt, mit dem die Ampel sich profilieren will. Der viel substanziellere § 218 StGB wird jedoch ausgeklammert und in eine Kommission verschoben, statt klare Kante zu zeigen.

Wir fordern, dass der Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird und ein Gesetz geschaffen wird, in dem Frauen einen Anspruch auf einen selbstbestimmten, sicheren und kostenlosen Abbruch haben. Dafür muss nicht nur das StGB geändert werden.

Schwangerschaftsabbrüche müssen Teil der universitären Lehrpläne werden. Lücken in der flächendeckenden Versorgung müssen geschlossen werden: Es darf nicht sein, dass Frauen bis zur nächsten Beratungsstelle oder der nächsten Praxis, die Abbrüche durchführt, stundenlang fahren müssen. Beratung darf kein Zwang sein, sondern muss im Sinne der betroffenen Frauen bei Bedarf zur Verfügung stehen.

Doch Reproduktive Gerechtigkeit bedeutet auch, dass Verhütungsmittel vollständig von den Krankenkassen erstattet werden. Außerdem brauchen wir Forschung für bessere Verhütungsmittel, die Frauen nicht tiefgreifende Nebenwirkungen zumuten, und für Verhütungsmittel für Männer.

Wenn Frauen sich für eine Schwangerschaft entscheiden, müssen sie gut versorgt werden – in der Schwangerschaft, während der Geburt und darüber hinaus. Dazu braucht es ausreichend Hebammen, die ihren Job gerne machen, weil er sie nicht in den finanziellen Ruin treibt. Diese Maßnahmen sind es, die körperliche Selbstbestimmung sozial gestalten.

Die Vorhaben der Ampel im Bereich **Gewaltschutz** lesen sich vielversprechend, Erfassung von Kriminalität wird um die Kriterien Geschlecht und Sexualität erweitert, die Istanbul-Konvention soll umgesetzt werden – das klingt gut. Doch die Umsetzung wird der Knackpunkt, denn flächendeckende Versorgung mit Beratungsangeboten, Schutzräumen und Frauenhäusern sowie gut bezahltem Fachpersonal.

Das Problem der Finanzierung zieht sich durch den gesamten Koalitionsvertrag. Für uns ist der (neo)liberale Feminismus keine Option. Feminismus heißt immer auch, die soziale Frage zu stellen. Aufzuzeigen, wie **Patriarchat und Kapitalismus** voneinander profitieren ist unsere Aufgabe. Wir werden uns nicht mit schönen Worten zufriedenstellen lassen.

Fortschritte bietet die Ampel insbesondere denjenigen, die jetzt schon sozial sicher leben können. Bei Mieten, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und der ungerechten Verteilung von Geld, Zeit und Sorgearbeit tut sich hingegen wenig. Gerade wegen der enormen Kluft zwischen Fortschritt durch feministische Liberalisierungen und dem Stillstand in den prekären Lebensbedingungen des ärmeren Drittels der Bevölkerung, wird die rechte Kritik an der Koalition auf eine soziale Basis stoßen. CDU, AfD und andere antifeministische Gruppen werden die Regierung immer wieder für ihren vermeintlich zu weit gehenden Feminismus angreifen. Als einzige soziale Opposition können und müssen wir auch im Bereich der feministischen Politik von links Druck machen – mit einem sozialistischen Feminismus für die 99%.

**Daraus ergibt sich für uns, folgende Bereiche in der kommenden Zeit in den Fokus zu rücken:**

**Arbeit, Zeit, Geld:**

- Sogenannte Frauenberufe personell und finanziell aufwerten: Wir unterstützen die angekündigten Streiks in den Sozial- und Erziehungsberufen!
- Politischer Kampf gegen Mini- und Midijobs, Sachgrundlose Befristung, Leiharbeit und Arbeit auf Abruf, für Stärkung der Tarifbindung, für ein Recht auf eine Vollzeitstelle
- Ausbau flächendeckender Betreuungsangebote
- Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit
- Unterstützungsangebote durch eine echte Kindergrundsicherung statt Haushaltshilfenfinanzierung

## Gewaltschutz

- Regierung in die Pflicht nehmen: Ausfinanzierte Hilfesysteme, bessere Prävention und Erfüllung der Istanbulkonvention statt unsozialer Eigenverantwortung gewaltbetroffener Frauen
- Herausforderungen digitaler Gewalt gegen Frauen in den Fokus nehmen und bekämpfen

## Reproduktive Gerechtigkeit

- § 218 StGB aus dem Strafgesetzbuch streichen
- Flächendeckende Versorgung mit Beratung und Schwangerschaftsabbrüchen – kostenlos und diskriminierungsfrei!
- Versorgung von Schwangeren, Gebärenden und jungen Familien verbessern
- kostenlose Verhütung für alle sowie Gelder für die Erforschung neuer Verhütungsmittel, speziell auch für Männer

## Ausschreibung des Clara-Zetkin-Preises



DIE LINKE lobt anlässlich des Frauentages 2022 zum zwölften Mal einen Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden.

Dieser Preis ist nach Clara Zetkin benannt. Als Mitbegründerin der proletarischen Frauenbewegung initiierte sie auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen zusammen mit Käthe Duncker die Einführung eines internationalen Frauentages. Inspiriert von US-amerikanischen Feministinnen, einen Kampftag für das Frauenstimmrecht einzuführen, beschlossen die Frauen einen jährlichen Frauentag, der zunächst das Frauenwahlrecht einforderte. Bis zu diesem Beschluss hatte Clara Zetkin einen weiten Weg zurückgelegt. Noch 1889, auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen, erkannte sie "keine besondere Frauenfrage an". Politische Rechte galten ohne ökonomische Freiheit als wertlos. Zetkin setzte sich beharrlich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen ein, dies auch gegen die eigenen Genossen, die gegen die Frauenarbeit kämpften. 1892 wurde sie als Herausgeberin der Frauenzeitschrift "Die Gleichheit" aktiv. Am Vorabend des neuen Jahrhunderts vertrat sie inzwischen konsequent die Unteilbarkeit politischer und sozialer Rechte für Frauen.



Über 100 Jahre später bleiben entscheidende Forderungen der Frauenbewegungen eingelöst. DIE LINKE, als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch, setzt sich für eine gerechte, solidarische, demokratische und friedliche Gesellschaft ein, die Frauen wie Männern ein selbstbestimmtes Leben ohne Unterdrückung ermöglicht. Sie sucht dabei die Kooperation mit Fraueninitiativen, kritischen Sympathisantinnen und internationalen feministischen Netzwerken in Wissenschaft, Kultur und Politik, in Wirtschaft und Medien.

Zu allen Zeiten ist der Internationale Frauentag auch ein Kampftag für den Frieden gewesen! Clara Zetkin war nicht nur eine Frauenrechtlerin. Sie war auch eine starke Kämpferin für den Frieden. Sie setzte sich kompromisslos und unmissverständlich gegen Militarismus und Krieg und für die Sicherung des Friedens ein.

Im Sinne Clara Zetkins würdigt DIE LINKE mit dem nach ihr benannten Preis jährlich ein Projekt, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregung geworden ist.

Die Verleihung eines Frauenpreises soll die Beachtung für das eigensinnige und uneigennützig Engagement von Frauen in der Öffentlichkeit erhöhen und ermutigen, die eigenen Fähigkeiten und Kräfte für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen. Ob als Nobelpreisträgerinnen oder Krankenschwestern, als Musikerinnen oder in prekären Jobs, ob in der Pflege, im Ehrenamt, im sozialen Umfeld - Frauen leisten Tag für Tag Großartiges für ein solidarisches, lebendiges und kreatives Gemeinwesen. Anerkennung und öffentliche Debatte dafür bleiben noch zu oft auf der Strecke. Der Clara-Zetkin-Preis wird auf diese Lücke verweisen und Anregung sein, mehr Erfolge in den Frauenkämpfen durchzusetzen.

Gleichzeitig geht es mit dem Clara-Zetkin-Preis auch darum, den Internationalen Frauentag, der immer mehr als politischer Tag in Vergessenheit gerät, ins öffentliche Bewusstsein zurückzuholen.

### **Wer kann sich bewerben?**

Mit dem Preis wird ein *aktuelles* Projekt oder eine Initiative einer Frau ausgezeichnet. Es können sich Fraueninitiativen oder Projekte für den Frauenpreis selbst bewerben oder von Parteimitgliedern der LINKEN vorgeschlagen werden, die im Sinne folgender Inhalte und Kriterien wirken:

- Engagement / Arbeit für Frauen oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, hier auch besonders in Politik, Wissenschaft, Kultur und Kunst;
- Frauen, die mit ihrem kulturellen oder künstlerischen Schaffen eine solidarische und gerechtere Gesellschaft befördern sowie anderen Frauen als Vorbild dienen.

## Die Jury

- Zwei Frauen aus dem Parteivorstand der LINKEN
- Eine Vertreterin der AG LISA
- Eine Vertreterin von linksjugend [solid]
- Eine Vertreterin von DIE LINKE. SDS
- Die Frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion

**Preisgeld:** 2000 Euro

**Einsendeschluss:** 8. Mai 2022

**Verleihungsveranstaltung:** 24. Juni 2022

---

## Mitteilungen aus den Kreis- und Ortsvorständen

---

### Traueranzeige Magda Wandt



*Ein linkes Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen.*

Bereits im November des letzten Jahres ist unsere liebe Genossin

**Magda Wandt**

verstorben.

Sie war im Ortsverband Weststadt organisiert. Wir werden sie in dankbarer Erinnerung behalten.

---

## Bundes- und Europapolitik

---

### **"Equal Pay Day: Lohnlücke durch nichts zu rechtfertigen" – Heidi Reichinnek, MdB**

**„Im Jahr 2020 haben Frauen durchschnittlich 4,16 Euro brutto weniger verdient als Männer. Eine Lohnlücke von 18 Prozent - bedingt vor allem durch die schlechte Bezahlung sogenannter ‚Frauenberufe‘. Aber auch im exakt gleichen Job verdienen Frauen noch**



**6 Prozent weniger – diese Unterschiede sind durch nichts zu rechtfertigen. Wer die Situation ändern will, muss sich an eigene Wahlversprechen erinnern - auch wenn das für die Regierungsparteien schmerzhaft ist“, erklärt Heidi Reichinnek, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, am heutigen „Equal Pay Day“ mit Blick auf die nach wie vor bestehende Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern. Reichinnek weiter:**

„Insbesondere im Zuge der Corona-Pandemie wurde die Notwendigkeit sogenannter klassischer Frauenberufe entdeckt – ob in der Pflege, der Kinderbetreuung oder an der Supermarktkasse. Diese sind in der Regel schlecht bezahlt. Frauen müssen zudem oft unbezahlte Carearbeit leisten, und zwei Drittel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor, auf den wir laut SPD ‚stolz‘ sein sollen, sind Frauen. Selbst bei gleicher Arbeitszeit in der gleichen Position in der gleichen Branche herrscht eine Lohnlücke von sechs Prozent - und diese ist durch nichts zu erklären. Reelle Veränderung lässt noch immer auf sich warten. Selbst nach der für November geplanten Erhöhung wird der Mindestlohn weiterhin in Altersarmut führen, wie die Bundesregierung selbst zugibt. Altersarmut ist ein wachsendes Problem, das Frauen nochmal härter trifft als Männer. Auch deswegen muss es aufrütteln, dass der Anteil erwerbstätiger Frauen im Rentenalter zwischen 2009 und 2019 um 46 Prozent anstieg - ein katastrophaler Trend.

Privatisierungen im Gesundheits- sowie im Sorgearbeitssektor müssen gestoppt werden, auch wenn Finanz- und Gesundheitsminister solche Vorhaben in der Vergangenheit unterstützt haben. DIE LINKE unterstützt die entsprechenden Tarifikämpfe der Gewerkschaften, denn wer sich im Kampf um ein Leben ohne Existenzangst auf die Bundesregierung verlässt, ist jetzt schon verloren. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass der Equal Pay Day bald schon am 1. Januar stattfindet!“

---

## Mitteilungen aus den Ortsverbänden

---

**Allen Genoss:innen, die in diesen Tagen Geburtstag feiern oder feierten, gratulieren wir von ganzem Herzen.**



Im November 2021:

Gen. Christopher Beyer, Gen. Frank Bossmann,  
Gen. Kurt Brückner, Genn. Anni Hempelt,  
Genn. Edith Klenner, Genn. Helga Kolodzy,  
Genn. Elfriede Koska, Genn. Inge Krause,  
Genn. Gabriele Liehmann, Genn. Heike Mildner,  
Gen. Siegfried Mildner, Gen. Günter Moltmann,  
Gen. Heinz Pawlitzok, Genn. Brigitte Püschel,  
Gen. Hans Schmahl, Gen. Stefan Schmidt,  
Gen. Tom Schott, Genn. Margot Schulz,  
Genn. Erika Sembritzki, Genn. Gertrud Simon und  
Gen. Ulrich Tuttlies.

Im Dezember 2021:

Gen. Hermann Anders, Genn. Monika Bischof,  
Gen. Peter Brill, Gen. Gerd Bublitz, Gen. Willi Bublitz,  
Genn. Ilse Bunke, Gen. Gerd Böttger,  
Gen. Lutz Doeppner, Gen. Robert Fehlandt,  
Genn. Daniela Filter, Gen. Roland Goertz,  
Genn. Ingrid Greßmann, Genn. Bärbel Göls,  
Genn. Angela Hafemeister, Gen. Axel Holz,  
Genn. Helga Ihde, Gen. Stefan Marschner,  
Genn. Edith Müller, Genn. Hildegard Müller,  
Genn. Karin Müller, Gen. Franz-Joachim Pöhls,

Genn. Rita Saar, Genn. Ingrid Schiebel, Genn. Theodora Schliep, Gen. Heinz Schmidt,  
Gen. Hans-Joachim Schultz, Genn. Ilse Schultz, Genn. Almut Schulz, Genn. Ruth Siegert,  
Gen. Kurt Simon, Genn. Roswitha Stadie, Genn. Carmen Tarrach, Gen. Peter Templin,  
Gen. Daniel Trepdorf und Genn. Ingrid Voigt.

Im Januar 2022:

Gen. Peter Behrens, Gen. Roland Bröckl, Gen. Nils Dunst, Genn. Petra Eckert,  
Genn. Dorita Fehrenbacher, Gen. Karl-Heinz Figas, Gen. Mario Gadow,  
Genn. Jeanette Greßmann, Gen. Wolfgang Heinrich, Genn. Christine Ilic,  
Gen. Paul Kolodzy, Gen. Herbert Lengnink, Genn. Marie Elisabeth Mangelsdorf,  
Gen. Wolfgang Maschke, Gen. Claus Oellerking, Genn. Ellen Peter, Gen. Igor Peters,  
Genn. Christel Redlin, Genn. Ute Rogge-Saretzki, Gen. Hermann Rößler,  
Genn. Doris Schlag, Genn. Rosemarie Schulz, Genn. Petra Schünemann,  
Gen. Hartmut Stein, Gen. Peter Voß und Genn. Maria Zillmann.

Im Februar 2022:

Gen. Joachim Aust, Gen. Thomas Baruschke, Genn. Barbara Erben, Genn. Ilse Fulde, Genn. Anna Jahn, Gen. Volker Kufahl, Genn. Maren Labchir, Gen. Erich Langschwager, Gen. Klaus-Dieter Neugebauer, Genn. Irmgard Pingel, Gen. Walter Resch, Gen. Hans-Heinrich Ricker, Genn. Julia-Kornelia Romanski, Gen. Bernd Rosenheinrich, Genn. Sylvia Sapich, Genn. Ursula Schlegel, Genn. Monika Maria Schmidt und Gen. Eckhard Wunder.

Im März 2022:

Gen. Matthias Buck, Gen. Jörg Böhm, Genn. Petra Böttcher, Gen. Horst Elle, Genn. Karin Ertl, Gen. Wolfram Friedersdorff, Gen. Martin Gabler, Genn. Siegrid Gabler, Genn. Julia Hahnke, Genn. Sandra Hesse, Gen. Frank Hintzpeter, Gen. Rasho Janew, Gen. Torsten Kath, Genn. Ellen Lengsfeld, Genn. Jutta Leonhardt, Gen. Günter Nitzschke, Gen. Hermann Redlin, Gen. Thomas Rehbein, Genn. Charlotte Schleiß, Gen. Stefan Templin, Genn. Irene Teschner, Genn. Julia-Nadine Warrelmann, Gen. Rudolf Wedmann, Gen. Horst Weihmann, Genn. Erika Wendland, Genn. Marianne Wilder und Gen. Klaus-Peter Zeglin.

**„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.**

**DIE LINKE. Schwerin**

Martinstraße 1/1A  
19053 Schwerin

Telefon: 0385/ 758 74 54  
info@die-linke-schwerin.de  
Internet: www.die-linke-schwerin.de

Kreisvorsitzende: Karin Müller  
Regionalmitarbeiter: Jonas Ehram

V.i.S.d.P.: Karin Müller  
Kreisvorsitzende der Partei DIE LINKE. Schwerin

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.